



Cross-Asset- und Strategy-Research

Wieder Chaostage in Washington

Der Budgetstreit stärkt Joe Biden

So kann man wirklich kein Land regieren. Und schon gar nicht die größte Volkswirtschaft der Erde und vermeintliche Führungsmacht der „freien Welt“. Wieder einmal wurde in Washington, D.C. im letzten Moment eine Staatskrise abgewendet. Nur, um gleich die nächste Krise anzuzetteln.

Erst am Wochenende hatte ein außergewöhnlicher Kompromiss zwischen dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, und den Demokraten einen vorübergehenden Staatshaushalt ermöglicht und einen Shutdown verhindert. Am Dienstag wurde eben jener McCarthy aus dem Amt gewählt. Auf Initiative einiger radikaler Abgeordneter seiner eigenen republikanischen Partei.

Aber eins nach dem anderen. Sie fragen sich: war da nicht erst im Sommer was? [Schuldendeckel](#) und so? Ja und nein. Damals hatte der Kongress der Regierung das Recht verwehrt, neue Bundesschulden aufzunehmen. Wegen der hohen laufenden Budgetdefizite hätte dies zum Zahlungsausfall der USA geführt, dem mit Abstand größten Schuldner der Welt. Die Folgen kaum auszumalen und ungleich dramatischer als dieses Mal.

Denn jetzt ging es „nur“ um den Staatshaushalt. Das US-Haushaltsjahr endet im September. Um laufende Ausgaben bestreiten zu können und handlungsfähig zu bleiben, braucht die Biden-Regierung eine Ausgabenermächtigung des Kongresses. Diese wurde lange zurückgehalten, durch den Kompromiss nun aber wenigstens bis Mitte November ermöglicht.

Bei den Republikanern fliegen jetzt die Fetzen

Schuld an der Hängepartie waren einige fanatische „Trumpianer“ rund um den ultrarechten Matt Gaetz aus Florida, die mit



Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

6. Oktober 2023

Eine Krise
folgt der
anderen

einem Shutdown die Biden-Regierung im langsam warmlaufenden Präsidentschaftswahlkampf bloßstellen wollten.

Stattdessen tobt die Schlacht nun erst einmal zwischen den Flügeln der Republikaner. Denn Gaetz und seine Mannen haben kurzerhand ihren eigenen Mann McCarthy abgesägt. Vorwurf: er hat pragmatische Lösungen gesucht – und gefunden. Die republikanische Kakophonie wird die Demokraten erfreuen und erhöht die Chancen für Bidens Wiederwahl im November 2024.

Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.

Die Kapitalmärkte haben sich zunächst nicht lange mit dem Gezerre in Capitol Hill aufgehalten. Obwohl die zumindest einstweilige Vermeidung des Shutdowns eine gute Nachricht war, wendete man sich schon zu Beginn der Woche den üblichen Sorgen um Zinsen und Konjunktur zu. Die Börsianer hängen an den Lippen von Jay Powell, nicht an denen von Matt Gaetz und seinen republikanischen Politrowdies.

Aber die Risiken dürfen auch nicht ignoriert werden. Je zerstriteter die Politik ist, desto schwieriger wird es, den Staatshaushalt zu sanieren. Erst recht, wenn nun das Parlament ohne Sprecher fürs erste handlungsunfähig ist. Und die Suche nach einem neuen dürfte sich nicht leicht gestalten.

Mit mehr Ausgaben oder Steuersenkungen lassen sich Kompromisse schmieden. Aber auch die Schuldenragfähigkeit der US-Regierung ist nicht unendlich. Selbst das elastischste Gummiband reißt einmal. Und je höher die Zinsen, desto näher rückt dieser Moment. Es geht um viel.

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beachtet nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Die Republikaner kannelisieren sich selbst

Es geht um viel
